



I. Für ein Europa der Solidarität und Hoffnung durch eine starke SPD!

Nach dem schlechtesten Bundestagswahlergebnis seit 1949 steht die SPD vor der Notwendigkeit eines grundlegenden Wandlungsprozesses. Es geht um die Existenz der Partei. Die fundamentale Erneuerung muss insbesondere mit Blick auf die Europawahl am 26. Mai 2019 darauf ausgerichtet sein, die SPD als die europapolitische Partei zu profilieren, die die Globalisierung friedenssichernd, sozial, demokratisch und ökologisch gestaltet. Die EU befindet sich in einer Lage, in der soziale und demokratische Antworten so dringend geboten sind wie selten zuvor. Europa ist auf eine starke europäische Sozialdemokratie angewiesen. Mit einer neuen proeuropäischen Programmatik wollen wir die Bürger*innen davon überzeugen: Die SPD engagiert sich für ein solidarisches Europa, das die Austerität überwindet und für die Hoffnung vieler und nicht der Wenigen steht. Wir wollen ein Europa der Solidarität und Hoffnung statt der nationalen Standort- und Wettbewerbspolitik. Dafür ist die bevorstehende Europawahl eine wichtige Etappe. Damit die SPD ihrem Anspruch gerecht werden will, **die** europapolitische Partei zu sein, muss sie über den Wahltermin hinaus ihre europäischen Anliegen systematisch und strukturell für einen mittelfristigen Zeitraum fortentwickeln. Für die SPD muss das Thema Europa nicht nur zu Wahlen wichtig sein. Es muss vielmehr ein Kernbestandteil ihres sozialdemokratischen Selbstverständnisses sein, das nachhaltig in allen Politikfeldern seinen Niederschlag findet.

Die Europäische Union ist eine große zivilisatorische Errungenschaft in der Geschichte Europas. Sie ist das große Friedensprojekt nach dem 2. Weltkrieg. Es hat den heutigen Generationen ein Zusammenleben in 70 Jahren Frieden ohne einen erneuten Weltkrieg ermöglicht, was es vorher in der Geschichte Europas noch nie gab. Dafür erhielt die Europäische Union im Jahre 2012 den Friedensnobelpreis. Das ist für uns ein bleibendes Vermächtnis und eine Verpflichtung, für die weitere Gestaltung der EU engagiert zu arbeiten.

„Nationalisme, c'est la guerre!“ mahnte der frühere französische Staatspräsident Mitterrand die Abgeordneten des Europäischen Parlaments. Diese Mahnung führt uns zu der Überzeugung, dass nationalistischen Tendenzen in der EU entschlossen entgegengetreten werden muss. Nationalismus und internationale Krisen nehmen mittlerweile ein Ausmaß an, das es erfordert, der Sicherung des Friedens in Europa wieder höchste Priorität einzuräumen.

II. Die EU am Scheideweg

Die Menschheit befindet sich am gefährlichsten Zeitpunkt ihrer Entwicklung (Stephen Hawking). Wir leben in Zeiten zugespitzter gesellschaftspolitischer Auseinandersetzungen und grundlegender Umbrüche, die mit vielen Unsicherheiten und Ungewissheiten verbunden sind und die oft mit den Stichworten Globalisierung, Klimawandel, Digitalisierung und anderem beschrieben werden.

Diese krisenhafte Lage braucht ein stabiles und starkes Europa der Solidarität. Allerdings ist die EU selbst nicht in dem besten Zustand. Europa befindet sich am Scheideweg. Im Groben sind zwei Entwicklungspfade denkbar, die lediglich Tendenzen beschreiben. In der Realpolitik kann es zu Überschneidungen und anderen Varianten innerhalb dieser Pfade kommen.

Eine Entwicklung in Richtung eines national und autoritär gewendeten Wirtschaftsliberalismus, der sich von den Menschenrechten und den Werten der Solidarität und der Würde des Menschen immer weiter entfernt mit der Konsequenz eines Erosionsprozesses der EU oder eine Entwicklung, die eine Chance für ein sozial-ökologisches und demokratisches Europa der Solidarität öffnet, das dem Frieden, der Abrüstung und der Entspannungspolitik verpflichtet ist.

So wie es ist, bleibt es nicht.

Sozialdemokratische Politik ist auf den zweiten Entwicklungspfad der Solidarität ausgerichtet. Wir brauchen eine EU-Politik, die den Anforderungen an eine menschenrechtsfundierte Weltinnenpolitik gerecht wird. Die SPD muss ihr Profil als die Partei der Menschenrechte, die universell gelten, schärfen und dabei Haltung bewahren, insbesondere in Zeiten wachsender Stimmungsmache von rechts gegen Menschen, die wegen Kriege, Verfolgung, Not und Elend nach Europa kommen. Sie stellt sich konsequent gegen autoritäre und national-populistische Entwicklungen. Auf der Grundlage ihrer Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität engagiert sich die SPD für Verteilungsgerechtigkeit und Partizipation. Wir brauchen ein Europa Hoffnung, ein Europa der Vielen nicht der Wenigen. Dabei kann die SPD an positive Entwicklungen in der EU anknüpfen, die sie durch ihre Europapolitik bewirkt hat.

III. Krise trotz einzelner positiver Schritte

Bei der Mehrheit der Bürger*innen genießt die Europäische Union (EU) Zustimmung. Zwei Drittel der EU-Bürger*innen und 75 Prozent der Deutschen sind von den Vorteilen der EU überzeugt. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass die EU in den letzten Jahren Fortschrittliches auf den Weg gebracht hat. Dazu zählt insbesondere die Reform zur Entsenderichtlinie. Sie ist ein wichtiger Schritt zu einer Sozialunion in Europa und setzt das Prinzip „Gleicher Lohn, für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ um. Der Sozialgipfel in Göteborg war ein Auftakt, um zu einer realen Verankerung von Sozialrechten in der EU zu kommen. Allerdings bleiben die angekündigten Verbesserungen vage und unverbindlich. Durch die Abschaffung der Roaminggebühren konnten die Rechte der Verbraucher*innen gestärkt werden. Ebenso gibt es aus dem Europäischen Parlament wichtige Initiativen beispielsweise für die Transparenz in der Steuerpolitik, den Schutz von Whistleblowern, einer gemeinsamen menschenrechtsorientierten Flüchtlingspolitik und den Umweltschutz. Oft werden diese progressiven Initiativen durch die Mitgliedstaaten im Rat blockiert.

Ein großer Fortschritt für den europäischen Datenschutz ist die Europäische Datenschutzgrundverordnung. Sie stellt eine wichtige Maßnahme zur Regulation der Monopolisten wie Facebook dar. Sie ermög-

licht den Bürger*innen stärker selbst zu bestimmen, was mit ihren eigenen Daten passiert. Mögliche Anpassungsprobleme müssen im Rahmen eines Monitoringprozesses überwunden werden. Auch die leichte konjunkturelle Erholung gehört zu den positiven Trends in der EU. Die Lockerung der Kaputtsparpolitik, die Investitionspolitik der EU im Rahmen des EFSI-Programms und die Niedrigzinspolitik der EZB haben zu einer Belebung der wirtschaftlichen Entwicklung geführt. Darüber hinaus ist die konjunkturelle Erholung Teil einer kapitalistischen Zyklusentwicklung.

Doch betrachtet man das gesamte Bild der EU, wird deutlich, dass sie in keinem guten Zustand ist. Die Antieuropäer*innen und Nationalist*innen haben in allen Mitgliedstaaten starken Zulauf. Die EU ist nicht über den Berg.

Die vielfältigen Probleme sind offensichtlich. So stellt der Brexit eine historische Zäsur dar, weil zum ersten Mal in der europäischen Geschichte ein Mitgliedstaat die EU verlässt. Auch in Italien bergen die politischen Konstellationen mit einer rechtsextremen Lega und einer europaskeptischen Fünf-Sterne-Bewegung erhebliche Risiken für den europäischen Integrationsprozess. Die strikte Durchsetzung der Sparpolitik brachte eine deutsche Dominanz in der EU zum Vorschein, die nationale und nationalistische Entwicklungen in der EU gestärkt hat.

Aus deutscher Sicht muss endlich auch die Frage der wirtschaftlichen Ungleichgewichte in der EU angegangen werden. Die Fortsetzung des Modells Deutschland, in einem gemeinsamen Währungsraum Exportweltmeister aufgrund von unterdurchschnittlicher Einkommensentwicklung zu sein, wird auf Dauer nicht funktionieren. Denn: Leistungsbilanzüberschüsse des einen Landes sind Leistungsbilanzdefizite des anderen, die in Staatsverschuldungen ihren Ausdruck finden. Wettbewerbsnachteile können durch Abwertungen in einem gemeinsamen Währungsraum nicht kompensiert werden. Die Risiken für die gemeinsame Währung sind unübersehbar. Deutschland exportiert mit seinen Überschüssen die Arbeitslosigkeit in andere Länder. Das führt zu Ressentiments in anderen Staaten.

Zudem hat die Austeritätspolitik, die unter dem Druck deutscher Politik durchgesetzt wurde, in Form von Kaputtsparen, Privatisierungen öffentlichen Eigentums, Abbau von Arbeitnehmer*innenrechten, Sozialabbau und Einkommenskürzungen in Europa zu erheblichen sozialen und ökonomischen Verwerfungen geführt. Zudem wurde die Handlungsmacht der Gewerkschaften massiv geschwächt. Dies alles beförderte die Desintegration der EU erheblich, die vor allem sozial verursacht ist.

So gibt es in der EU 20 Millionen Arbeitslose. Die Arbeitslosigkeit ist insbesondere in Südeuropa mit über 20 Prozent hoch. Die Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland zerstört mit 42 Prozent einer ganzen Generation die Zukunft. In Italien und Spanien ist die Jugendarbeitslosigkeit mit 31,7 und 35 Prozent ebenfalls vollkommen inakzeptabel.

Die soziale Ungleichheit ist gestiegen. 125 Millionen Europäer*innen sind arm oder von Armut bedroht. Heute sind in der EU sieben Millionen mehr Menschen von Armut bedroht als vor 10 Jahren. Zugleich besitzen im Euroraum die reichsten 10 Prozent mehr als die Hälfte des gesamten Vermögens.

Diese sozialen Probleme sind darüber hinaus auch Bremsen für die wirtschaftliche Entwicklung, die durch eine allgemeine Investitionsschwäche verstärkt wird. Es gibt in der EU einen riesigen privaten und öffentlichen Investitionsstau. Alleine in Deutschland fehlen nach einer Studie der Kreditanstalt für Wiederaufbau Investitionen für die Kommunen in Höhe von 126 Milliarden Euro. Für eine ökologische Transformation fehlen pro Jahr 30 Milliarden Euro, so eine Studie im Auftrag des Bundesverbands der Deutschen Industrie. Für die EU gehen Schätzungen davon aus, dass seit der Finanzmarktkrise 2008 mehr als eine Billion Euro zu

wenig öffentlich investiert wurde. Im Durchschnitt der Eurozone liegen die Investitionen etwa 15 Prozent unter dem Vorkrisenniveau. Die öffentlichen Nettoinvestitionen liegen praktisch bei null. Damit reichen sie gerade noch, um den Verschleiß und die Abnutzung der öffentlichen Infrastruktur auszugleichen.

Auch die europäische Handelspolitik wird stärker als eine Bedrohung eigener Lebenslagen durch die Globalisierung wahrgenommen als ein Prozess, der zu mehr wirtschaftlicher und sozialer Stabilität führt. Handelsabkommen wie CETA (Freihandelsabkommen mit Kanada) laufen entgegen einer anderen Rhetorik auf eine völkerrechtlich festgeschriebene Privilegierung von Konzerninteressen auf Kosten von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie hinaus und sind geeignet, Umwelt-, Sozial- und Verbraucherschutzstandards zu unterminieren. Die Freihandelsverträge zwischen der Europäischen Union und afrikanischen Staaten (Economic Partnership Agreements, EPAs) verhindern die Herausbildung einer wettbewerbsfähigen einheimischen Landwirtschaft und Industrie in den Ländern Afrikas. Durch die massiven Zollsenkungen, die als Gegenleistung zu einem zollfreien Zugang zum europäischen Markt gefordert wurden, gerät die nicht ausreichend konkurrenzfähige einheimische Landwirtschaft und Industrie in Afrika auch angesichts europäischer Exportsubventionen ins Hintertreffen. Wirtschaftliche und soziale Perspektiven sind so in den afrikanischen Staaten verschüttet. Die Folge ist unter anderem ein zunehmender Migrationsdruck.

Eine andere Herausforderung in der EU besteht in der Stärkung demokratischer Spielregeln. Obwohl das Europäische Parlament an Bedeutung gewonnen hat, spielt das intergouvernementale Regieren in der EU durch den Europäischen Rat nach wie vor oft die entscheidende Rolle. Dies unterläuft die Demokratie. In Ungarn und Polen werden grundlegende Prinzipien der parlamentarischen Demokratie wie die Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit und Meinungsfreiheit infrage gestellt. Terroranschläge durch radikalisierte Islamisten, die meist in einem EU-Mitgliedstaat aufgewachsen sind, fördern Ängste. Oft wird dies zum Vorwand genommen, um Bürgerrechte und die Demokratie einzuschränken.

In der Flüchtlingspolitik der EU werden Menschenrechte immer weniger beachtet. Gegen das Abschiebeverbot in Regionen, in denen den Menschen Gefahren drohen, werden beispielweise mit der Teilregierung in Libyen Abkommen geschlossen, die nur darauf abzielen, Menschen, die fliehen, davon abzuhalten nach Europa zu kommen. Mehr als 35.000 ertrunkene Flüchtlinge im Mittelmeer in den letzten 20 Jahren an den Grenzen der EU sind Ausdruck des Versagens europäischer Flüchtlingspolitik, die vor allem die Mitgliedstaaten im Rat zu verantworten haben. Die wachsende Gleichgültigkeit gegenüber Tragödien und den Hilfeschreien der Leidenden ist Ausdruck einer allgemeinen Krise der Humanität.

In einem solchen Klima wachsen Nationalismus und Rassismus. Menschen, die vor Kriegen, politischer Verfolgung oder aus sozialer und wirtschaftlicher Not fliehen, werden immer weniger respektiert. Vorschnell wird ihre nationale und / oder ethnische Herkunft in einen Zusammenhang mit Kriminalität und Terrorismus gestellt. Übergriffe auf Geflüchtete häufen sich.

In der Außenpolitik bedeutet die zunehmende Konfrontation zwischen NATO und Russland einen Rückfall in Muster des Kalten Kriegs. Die Ausweitung der NATO in Richtung der Grenzen Russlands einerseits, die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Russland andererseits und vieles mehr sind Teil von strategischem Vormachtstreben in einer multipolaren Welt. Im Kontext von verschärfter nationaler Standort- und Wettbewerbspolitik, Aufrüstung, nationalstaatlichem und nationalistischem Denken und Handeln gefährdet dies den Frieden.

Die Beschlüsse zur europäischen Verteidigungsgemeinschaft, die durchaus ein sinnvolles Projekt sein könnte, zeichnen sich dadurch aus, dass der Weg für massive Aufrüstung und zu einer international operie-

renden Interventionsstreitmacht bereitet wird. Für die Rüstungsforschung und -beschaffung sollen 38,5 Milliarden Euro bis 2027 ausgegeben werden. Fragen nach dem Wofür bleiben unbeantwortet. Die rechtliche Grundlage, Mittel des EU-Haushaltes für Rüstungsprojekte auszugeben, fehlt. Damit drohen neue Verteilungskonflikte in der europäischen Finanzpolitik. Je mehr Mittel für das Militär ausgegeben werden umso weniger stehen Mittel für zivile Projekte zur Verfügung: Mittel für die Sozialunion, für sinnvolle Infrastrukturprojekte, für die Bekämpfung der (Jugend-) Arbeitslosigkeit etc. So sieht der Vorschlag für einen neuen mittelfristigen Haushaltsplan zum Beispiel Kürzungen in der Regionalpolitik und Steigerungen für die Beschaffung von Rüstungsgütern und -forschung vor.

All diese Entwicklungen verdichten sich zu einer umfassenden multiplen gesellschaftspolitischen Krise der EU. Daher ist ein grundlegender Politikwechsel in der EU geboten.

IV. Renationalisierung verschärft die Probleme

Zentrale Ursache für die gesellschaftspolitische Krise der EU ist die infolge der Finanzmarktkrise 2008 praktizierte Politik der Ausgabenkürzungen, Privatisierungen und der Vernachlässigung von systematischen Investitionsprogrammen (Austerität). In der Finanzmarktkrise 2008/09 wurde zunächst durch expansive Geldpolitik, Konjunkturprogramme angemessen reagiert. In 2010 begann dann der Kurswechsel zur Austerität mit der Einführung des von der deutschen Regierung erzwungenen Fiskalpakts. Dadurch wurden die Fliehkräfte in der EU und die Desintegration gestärkt.

Es wird zunehmend offensichtlich, dass die historische Entwicklungsphase des Neoliberalismus vorbei ist: Die Ideologie des Neoliberalismus, nach der die Entfesselung der Märkte zu Wirtschaftswachstum und Wohlstand für alle führe, wenn man sich nur genug anstrengt, bricht sich zunehmend mit der Wirklichkeit der sozialen Lebenslagen vieler Menschen. Existentielle Unsicherheiten, wie zum Beispiel durch Arbeitslosigkeit und die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse, nehmen in der EU zu. So sind vier von fünf neu entstandenen Arbeitsplätzen in der EU zeitlich befristet, Teilzeitjobs und / oder schlecht bezahlt. 100 Millionen Menschen arbeiten in der EU in atypischen Arbeitsverhältnissen.

Diese Entwicklung hat den Zusammenhang zwischen Sozialstaat und Demokratie brüchiger werden lassen. Wenn Bürger*innen den Eindruck haben, dass die parlamentarische Demokratie und die vorherrschende Regierungspolitik keine Antworten auf soziale Abstiegs- und Existenzängste geben, wenden sich viele enttäuscht von der Demokratie ab. Darunter haben insbesondere sozialdemokratischen Parteien in der EU gelitten, deren Wähler*innen in erheblichem Ausmaß in das Lager der Nichtwähler*innen gewechselt sind und teilweise sogar extrem rechts wählen.

Wenn unterschiedliche Entwicklungen wie die Schwächung des Sozialstaates, schlecht bezahlte und zeitlich befristete Arbeitsplätze sowie unterlassene Investitionen in den Städten und Regionen mit einer steigenden Zahl migrierter und geflüchteter Menschen zusammenfallen, entsteht ein Klima für eine Renationalisierung der Politik. Nicht mehr die Stärkung der EU, als immer enger werdende Union, wie es in den Lissabon-Verträgen heißt, bestimmt die Politik. Vielmehr steht bei den nationalen Regierungen eine Politik im Vordergrund, die die EU für eigene nationale Interessen am besten nutzen will. Der gemeinsame europäische Gedanke tritt zurück. Dadurch wächst der Nationalismus. Das ist Gift für die EU.

Ein zunehmend autoritärer Kapitalismus, Demokratieentleerung und soziale Existenzängste sowie gesellschaftlicher und individueller Kontrollverlust sind der Boden, auf dem nationalistisches Gedankengut floriert. Der Prozess der Renationalisierung und das Erstarren von autoritären völkisch-nationalistischen

Parteien sind noch lange nicht gestoppt und umgekehrt worden, obwohl rechte Parteien wie zuletzt in Frankreich oder den Niederlanden hinter den befürchteten Stimmenzuwächsen zurückblieben. Die Sozialdemokratie muss sich diesem Kampf gegen Rechts stellen. Eine Anpassung an rechtspopulistische Stimmungen, die Ängste gegen „das Fremde“ schüren, indem geflüchtete und migrierte Menschen pauschal für Kriminalität und Terrorismus instrumentalisiert werden, ist mit einer sozialdemokratischen Haltung, die den Werten der Solidarität, Gleichheit und Freiheit verpflichtet ist, unvereinbar.

Die Gestaltung der Globalisierung im Interesse der Vielen und nicht der Wenigen ist die Schlüsselaufgabe für die europäische Sozialdemokratie. Die Herausforderungen des Klimawandels, der internationalen Flucht und Migration, der internationalen Finanzmärkte, der Digitalisierung, der weltweiten ökonomischen Verflechtungen etc. können durch einen Rückzug in die vermeintlich sichere nationale Wagenburg nicht gestaltet werden. Die einzelnen Mitgliedstaaten der EU werden in den geostrategischen Machtkonstellationen zwischen Asien und den USA keine Bedeutung haben. Der Rückfall in – insbesondere den deutschen – Nationalismus entspricht dem Denken und einer Politik, die im letzten Jahrhundert zu zwei verheerenden Katastrophen führte. Die SPD ist in ihrer Geschichte programmatisch international und proeuropäisch sowie friedenspolitisch und solidarisch ausgerichtet: Der Weg reicht von der Forderung „Proletarier aller Länder vereinigt euch“ aus dem Kommunistischen Manifest, über die Forderung nach den „Vereinigten Staaten von Europa“ aus dem Heidelberger Programm bis zur Entspannungs- und Friedenspolitik Willy Brandts oder seinen Nord-Süd-Bericht über die katastrophale Lage in den Ländern des Globalen Südens.

V. Zur Lage der sozialdemokratischen/sozialistischen Parteien in der EU

Die europäische Sozialdemokratie ringt um ihre Zukunftsfähigkeit: In Griechenland, in den Niederlanden, in Tschechien und auch in Frankreich spielen die traditionell sozialistischen/sozialdemokratischen Parteien keine oder nur noch eine untergeordnete Rolle. In Österreich, Deutschland, Italien und den skandinavischen und anderen Ländern befinden sich die sozialdemokratischen Parteien in einer instabilen Übergangsphase. Im Gegensatz dazu erfahren momentan die britische Labour Party mit Jeremy Corbyn und die portugiesischen Sozialist*innen mit Antonio Costa einen Aufschwung. Der Aufbruch dieser Parteien ist mit einem klaren Linkskurs verbunden und mit Personen, die glaubwürdig einen Neuanfang verkörpern und sich vom neoliberalen Politikmodell abgewendet haben. Auch der euphorische Aufschwung der SPD Anfang des Jahres 2017 mit Martin Schulz war stark mit einer Linksorientierung verknüpft. So wurde beispielsweise Hartz IV durch ein Arbeitslosengeld Q (Qualifizierung) grundlegend in Frage gestellt. Diese Linie wurde allerdings im weiteren Verlauf des Jahres nicht durchgehalten.

Der grundlegende Erneuerungsprozess der SPD muss sich aus europapolitischer Perspektive an folgenden Punkten ausrichten, die über den Wahltermin am 26. Mai hinausgehen:

1. Die SPD braucht eine Analyse der Mehrfachkrise in Europa, da sonst Mobilisierungserfolge und Misserfolge nicht verstanden werden können und die Gefahr besteht, die gleichen schweren Fehler der Vergangenheit zu wiederholen.

Europa kann nicht einfach weitermachen wie bisher. Die Vertrauenskrise der EU ist im Kern eine Krise des Neoliberalismus. Die SPD muss die Alltagsorgen und Probleme von unterschiedlichen Wählergruppen aufgreifen und in den Diskursen sowie im Personalangebot der Partei glaubwürdig darstellen. Die neoliberale Politik in Europa hat ihr Ende erreicht.

Die Versprechungen des Neoliberalismus, mehr Markt führe zu wirtschaftlichem Wachstum und allge-

meiner Prosperität haben sich nicht erfüllt. Ganz im Gegenteil: Soziale Ungleichheit, Divergenzen in der EU, Erstarken von Nationalismus etc. haben in der neoliberalen Ära zugenommen. Die zunehmenden Existenzängste sind ein wesentlicher Grund für die Legitimitätskrise der EU, die sich mittlerweile in der schwierigsten Lage seit ihrer Existenz befindet.

Mit ein wenig Modernisierung ist es also nicht getan: Wir müssen mutig sein, alte Politikmuster und alte Logiken grundlegend in Frage zu stellen. Daher ist für die SPD die Abwendung von einem sozialtechnokratisch-neoliberalen Politikmodell essentiell und Voraussetzung dafür, ihre Repräsentationskrise zu überwinden. Zugleich ist ein sozialdemokratisches Narrativ der Hoffnung zu entwickeln, das der großen Mehrheit der Bevölkerung wieder einen positiven Blick auf die Zukunft eröffnet. Wir brauchen eine Erzählung, in der Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit Voraussetzungen auch für wirtschaftlichen Erfolg sind und im Interesse der Vielen und nicht der Wenigen ist.

Die deutsche Vormachtstellung in der EU ist zugunsten eines solidarischen und demokratisierten Europas zu überwinden. Die EU muss auf dem Weg der Reform der Entsenderichtlinie weitergehen und Regeln finden, um den ruinösen Wettbewerb der Nationalstaaten, der zu Steuer- und Lohndumping, Sozialabbau und dem Abbau sozialer Rechte führt, zu stoppen. Wir brauchen nicht nur mehr Debatte über Europa sondern eine klare Positionierung für Investitionen in Bildung, ökologische Erneuerung, fairen Handel, für eine Sozialunion und für ein humanitäres Investitionsprogramm, das den Regionen zugute kommt, die die Herausforderungen der wachsenden Anzahl von geflüchteten Menschen gerecht gestalten müssen usw. Das ist das Gegenteil von einer Politik der „schwarzen Null“. Wir müssen eine eigene sozialdemokratische Vision für Europa entwickeln und nicht anderen überlassen. Das ist die Grundlage für die Wiedererlangung von Vertrauenskapital und neuer sozialkultureller Hegemonie der europäischen Sozialdemokratie. Die „Antwort an Macron“ aus der Grundwertekommission mit Gesine Schwan enthält einige wichtige Anregungen. Sie müssen aufgegriffen und fortentwickelt werden.

Bislang hat sich die Sozialdemokratie in Europa hier kaum profilieren können. Wir brauchen den Bruch mit dem „Sich-durch-Wursteln“ und der Abschottung. Denn uns nahestehende Wählergruppen empfinden unsere Botschaften angesichts der Verunsicherung und der Mehrfachkrise als nicht ausreichend. Eine Öffnung der Partei gegenüber Zivilgesellschaft und Wissenschaft sowie eine Stärkung der innerparteilichen Partizipation sind daher dringend geboten.

2. Es geht um die Stärkung der innerparteilichen Demokratie und die Öffnung gegenüber Organisationen der Zivilgesellschaft: Das Top-down-Agieren ist an seine Grenzen gekommen. Wir brauchen eine Partei, in der mehr Mitentscheidung und mehr kritische Debatten mit der Zivilgesellschaft und Wissenschaft möglich sind.

Die SPD muss sich demokratisch öffnen, wenn sie wieder kulturelle Hegemonie erreichen will. Viele Verbindungen zu Gewerkschaften und vor allem zu sozialen Bewegungen sind verloren gegangen oder wurden bewusst gekappt, dies zeigte sich u.a. in der Debatte um CETA und TTIP.

In der gesamten Gesellschaft, vor allem aber in den modernen Milieus der Arbeitnehmermitte und in jüngeren Generationen, ist das Bedürfnis nach mehr demokratischer Teilhabe gewachsen. Eine moderne Strategie der Parteierneuerung muss echte Teilhabeangebote auf Augenhöhe machen, die von Beginn an Räume für Diskussionen und Mitgestaltung öffnen und darin Gewerkschaften, Bewegungen und Initiativen sowie Wissenschaft einbeziehen. Es sind Resonanzräume zu schaffen, in denen Repräsentierte und Repräsentanten Zukunftsfragen partizipativ diskutieren. Das grundlegende Ziel besteht dabei darin, durch politische Diskurse einen Deutungsrahmen zu schaffen, der die Konstituierung politischer Subjekte

ermöglicht, um Emanzipationsspielräume für ein selbstbestimmtes Leben zu schaffen. Wichtig dabei ist, dass dieser Diskurs maßgeblich aus den Reihen der Mitgliedschaft, von unten erfolgt und so eine Gegenöffentlichkeit zu den etablierten Medien entsteht.

Vertrauen ist allerdings ein langfristiger Prozess und kann nicht, ebenso wie Solidarität, durch mediale Spins oder einzelne Aktionen ad hoc erzeugt werden. Unser strategisches Ziel ist es, auch für Europa politisch handlungsfähige Mehrheiten links von Konservativen und Neoliberalen zu organisieren. Wir brauchen einen neuen Block fortschrittlicher Kräfte, die den Anspruch erheben, in allen gesellschaftlichen Leitthemen hegemonial zu sein.

3. Unsere Strategiediskussion muss die Erfahrungen der anderen Sozialdemokratien einbeziehen, damit wir von Marginalisierungen wie in Frankreich und den Niederlanden, aber auch von ihrer Rekonstruktion als neue Kraft der Linken (UK) oder ihrer Revitalisierung als führende Kraft eines Links-Blocks (Portugal) lernen können. Den Mobilisierungserfolgen von Labour ging ein massiver Partizipationsschub voraus.

Die zentrale inhaltliche strategische Frage lautet: Wie sieht unsere Vision eines modernen europäischen Sozialismus im 21. Jahrhundert in einer digitalen und globalisierten Welt aus, die mit dem Alltag der Menschen verknüpft ist und Lösungswege zur Beseitigung ihrer Existenzängste aufzeigt?

Die Entwicklung einer nachhaltigen sozialdemokratischen Strategie für ein Europa der Solidarität statt der nationalen Standort- und Wettbewerbspolitik kann nicht nur kurzfristig für den Wahltag angelegt sein, sondern bedarf eines längerfristigen Prozesses, der systematisch und strukturell in der Partei angelegt werden muss. Wichtige Themen eines Europas der Solidarität sind dazu aufzugreifen.

VI. Zentrale Themen eines solidarischen Europas

Zentrale Themen eines solidarischen Europas sind:

- ▶ **Stärkung des Friedens in einer zunehmend unsicheren multipolaren Welt, in der die Staaten verstärkt national(istisch) ausgerichtet sind**
 - eine europäische Verteidigungsgemeinschaft, ohne einen Anstieg der Gesamtausgaben für Rüstung und Militär und unter klarer parlamentarischer Kontrolle
 - Ablehnung der Anhebung von Rüstungsausgaben, insbesondere ist die NATO-Zielvereinbarung bis zu 2 % des BIPs für Rüstung auszugeben inakzeptabel
 - Rückkehr zur Entspannungspolitik gegenüber Russland und schrittweise Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen
 - Unterstützung des UNO-Atomwaffenverbotsantrags
 - Stopp von Rüstungsexporten in Länder außerhalb der NATO und in Kriegs- und Krisengebiete
 - Lösung internationaler Konflikte mittels diplomatischer Initiativen und Verhandlungen
 - militärische Optionen können nur innerhalb des Völkerrechts und unter Einschluss des UN-Sicherheitsrates in Betracht gezogen werden.

- ▶ **Entwicklung einer Sozialunion**

Eine Sozialunion betont die drei Grundsätze des Regressionsverbotes (d.h. des Verbotes hinter den bestehenden sozialen Standards zurückzufallen), das Gebot der Mindestharmonisierung (d.h. Mitgliedstaaten dürfen über den harmonisierten Mindestschutz hinausgehen) und die Aufwärtskonvergenz hin zu den höchsten sozialen Standards in der EU. Ein Ansatzpunkt dabei ist die beim Sozialgipfel in Göte-

borg am 17. November vom Europäischen Parlament, dem Rat und der EU-Kommission proklamierte Europäische Säule sozialer Rechte. Sie enthält zwar unbestimmte aber weitgehende 20 Grundsätze für das Europäische Sozialmodell. Die Europäische Säule sozialer Rechte muss offensiv und ehrgeizig umgesetzt werden. Notwendig ist:

- Beseitigung der sozialen Ungleichheit bei Vermögen und Einkommen durch Umverteilung
- Vorrang sozialer Grundrechte gegenüber den Binnenmarktfreiheiten durch die Aufnahme eines sozialen Fortschrittsprotokolls in die EU-Verträge
- Bekämpfung der Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse
- Sicherung des Prinzips „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“
- ordentliche Mindestlöhne in Höhe von 60 Prozent des mittleren Einkommens
- eine europäische Arbeitslosenversicherung
- eine Job- und Ausbildungsgarantie für Jugendliche und
- Begrenzung der Einkommensunterschiede
- Ausbau und Stärkung der Tarifautonomie und der Flächentarifverträge

► Umsetzung einer kohärenten und vertieften Wirtschafts- und Finanzpolitik

- Abbau wirtschaftlicher Ungleichgewichte in der EU durch eine gemeinsame Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik
- Abbau der Arbeitslosigkeit, insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit durch umfassende Investitionsprogramme und Beendigung der „Sparpolitik“. So fordert der DGB in seinem „Marshall-Plan für Europa“ für einen Zeitraum von 10 Jahren Investitionen in Höhe von 260 Milliarden Euro jährlich.
- Teil dieses Investitionsplans ist die Realisierung eines humanitären kommunalen Investitionsprogramms in Europa für Bildung, sozialen Wohnungsbau, Gesundheit und anderes für Kommunen, die sich bei der Integration und Inklusion von geflüchteten und migrierten Menschen in Kooperation mit den wichtigen sozialen und politischen Akteuren vor Ort engagieren.
- Beendigung des Fiskalpaktes mit seinen willkürlichen Defizitregeln (Begrenzung der Haushaltsdefizite auf 3 Prozent Neuverschuldung und 60 Prozent Gesamtschulden im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt)
- Auflegung von Eurobonds zur Bewältigung der Staatsschuldenkrise in den EU-Mitgliedstaaten
- Bekämpfung von Steuerflucht und Steuerhinterziehung durch länderspezifische Berichte der Unternehmen, Schließung von Steueroasen, Mindestbesteuerung multinationaler Konzerne. Das Ziel ist, dass Unternehmen dort ihre Steuern zahlen, wo sie ihre Gewinne erzielen.
- Umsetzung der Finanztransaktionssteuer

► Demokratisierung der Europäischen Union

Das Europäische Parlament (EP) muss das Herz der politischen Entscheidungen in der EU werden. Auf dieser Grundlage kann es gelingen, dass sich die Entscheidungen in Europa stärker an dem europäischen Gemeinwesen und nicht an nationalen Interessen ausrichten. Perspektivisch muss es einen Bürger*innen-Konvent zwecks Ausarbeitung einer neuen EU-Verfassung geben. Dieser Konvent soll basisdemokratisch und partizipativ organisiert sein. Aktuell brauchen wir unter anderem:

- transnationale Listen bei der Aufstellung der Kandidat*innen für das EP
- Wahl der Kommission durch das EP in Entsprechung zur Gewaltenteilung
- volles Initiativrecht für das EP bei der Gesetzgebung
- gleiche (soziale) Rechte für alle europäischen Bürger*innen
- eine einheitliche europäische Staatsbürgerschaft
- Bekämpfung des Nationalismus
- Schutz und Ausbau von Minderheitenrechten

- Gleichstellung der Geschlechter
- ▶ **Stärkung der Kommunen**
 - Stärkung der Organisationshoheit der Kommunen im Bereich der Daseinsvorsorge durch eine höhere Gewichtung der kommunalen Selbstverwaltung im europäischen Vergabe- und Beihilferecht
 - spürbare Umsetzung der im Vertrag von Lissabon eingefügten Beachtung der regionalen und kommunalen Selbstverwaltung
 - Umverteilung von nicht genutzten Ressourcen der EU-Mitgliedstaaten zur Integration von Minderheiten zugunsten von Regionen und Kommunen, die wegweisende Integrationsprogramme entwickeln
- ▶ **faire internationale Handelsabkommen**
 - mit klaren eindeutigen sozialen, ökologischen, demokratiefördernden, und verbraucherfreundlichen Standards, die zum Beispiel weit über CETA, das den Anforderungen der SPD an eine faire Handelspolitik nicht entspricht, hinausgehen
 - die die öffentliche Daseinsvorsorge in den Kommunen durch einen Positivenansatz stärkt
 - die faire Steuerpolitik sichert
 - die die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Staaten des Globalen Südens betonen
 - die Schiedsverfahren zum ausschließlichen Schutz von Gewinninteressen ablehnt
 - die den Schutz der Menschenrechte durch Klagemöglichkeiten und Sanktionen bei Verstößen sicherstellen
 - Unterstützung der Initiative des UN-Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen
 - für ein rechtsverbindliches Instrument mit dem multinationale Unternehmen bei Verletzungen von Menschenrechten zur Verantwortung gezogen werden können (UN-Treaty).
- ▶ **menschenrechtsfundierte Flüchtlings- und Migrationspolitik, die sich zu Solidarität, Integration, Inklusion und Partizipation bekennt. Und die dem humanitären Grundsatz verpflichtet ist: Die Fähigkeit zu Empathie, Mitmenschlichkeit, Solidarität macht uns erst zu Menschen! Wichtig ist:**
 - gezieltes EU-Seenotrettungsprogramm zur Beendigung des Sterbens auf dem Mittelmeer
 - Beendigung der Kriminalisierung von zivilgesellschaftlich organisierten Seenotrettungsaktivitäten
 - Ausrichtung der Zusammenarbeit mit Libyen auf der Grundlage der Menschenrechte
 - keine Abschiebung fliehender Menschen in Staaten, wo ihnen Gefahr an Leib und Leben droht (non-refoulement-Gebot nach der Genfer Flüchtlingskonvention)
 - Überarbeitung der Dublin-Regeln mit dem Ziel, dass geflüchtete Menschen ihre Asylanträge nicht nur in den Ankunftsstaaten stellen können
 - Ablehnung des Konzepts der „sicheren Herkunftsstaaten“, da es das Menschenrecht auf Asyl unterhöhlt
 - Legale Fluchtwege
 - Einwanderungsgesetz
 - menschenwürdige Unterbringung der Geflüchteten in allen EU-Mitgliedstaaten
- ▶ **nachhaltige Umweltschutzpolitik**
 - Einhaltung der Klimaschutzziele nach dem Pariser Abkommen
 - Schluss mit der Vermüllung der Meere durch Plastikabfälle und anderes
 - Stopp der Verseuchung der Böden durch Pflanzengifte
 - schärfere Regeln gegen Autokonzerne, die die Abgaswerte nicht einhalten und ihre Kund*innen betrügen

► Digitalisierung der Gesellschaft

- Internetplattformen stärker öffentlich regulieren
- Umfassender Datenschutz im Sinne des informationellen Selbstbestimmungsrechtes
- Ausbau digitaler Infrastruktur
- Nutzung des Potentials der digitalisierten Arbeitswelt zu selbstbestimmter Arbeit, aber Schutz vor Lohndumping und der Entgrenzung von Erwerbsarbeit, Stärkung von Tarifverträgen.

VII. Schwerpunkte im Wahlkampf

Im Europawahlkampf stehen für die SPD in der Europapolitik drei Schwerpunkte im Vordergrund:

1. Stärkung der Friedens- und Abrüstungspolitik in der EU
2. Fortentwicklung der EU zur Sozialunion auf dem Hintergrund einer gemeinsamen Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik der Nachhaltigkeit
3. Festigung und Ausbau der Demokratie, der Bürger- und Menschenrechte in der EU

Diese Themen müssen in eine sozialdemokratische Gesamterzählung eingebunden werden. Eine klare programmatische Polarisierung gegenüber Neoliberalen, Konservativen und Nationalisten sowie die Erkennbarkeit für unsere Wähler*innengruppen sind die Grundlage für eine erfolgreiche Mobilisierung am 26. Mai 2019!

Die SPD will ein soziales, demokratisches und ökologisches Europa, ein neues solidarisches Europa, das zu einem Europa der Vielen und nicht der Wenigen werden muss! Dafür lohnt sich unser Engagement!